Zahl der Moscheegemeinden in der Hauptstadt leicht gewachsen

17. Juli 2018

Berlin (KNA) Die Zahl der muslimischen Gemeinden in Berlin hat sich in den vergangenen Jahren leicht erhöht. Das geht aus der Studie „Islamisches Gemeindeleben in Berlin“ hervor, die Kultursenator Klaus Lederer (Linke), der Islamwissenschaftlerin Riem Spielhaus und der Direktor des Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa, Mathias Rohe, am Montag in Berlin vorstellten. Demnach gibt es derzeit sieben Moscheen und 91 islamische Gebetsräume in der Hauptstadt; 2006 waren es vier Moscheen und 76 Gebetsräume. Die Senatsverwaltung für Kultur und Europa hatte die Studie in Auftrag gegeben.

Die Zahl der Muslime in Berlin ist dagegen weiter unklar und kann nach Angaben von Spielhaus nur anhand der Herkunftsländer der Zuwanderer grob geschätzt werden. Rund 397.000 Menschen in Berlin stammten demnach (Stand Juni 2017) aus Herkunftsländern, die Mitglied der Organisation für islamische Zusammenarbeit seien.

Laut Erhebung finden sich fast alle muslimischen Gemeinden im früheren Westberlin. Lediglich die Ahmadiyya-Moschee im Stadtteil Pankow sowie eine weitere Moschee an der Grenze von Wedding zu Mitte befänden sich 18 Jahre nach der Wiedervereinigung im Ostteil der Stadt. Die meisten Gebetsräume gibt es demnach in den Stadtteilen Wedding (23), Neukölln (20) und Kreuzberg (16). Nach Einschätzung Lederers hat die Debatte um die Gründung der Ahmadiyya-Moschee in Pankow gezeigt, dass die Neugründung von Moscheen in Teilen des Berliner Ostens immer noch „mit sehr, sehr viel Anfeindung verbunden“ sei.

Ziel der Studie sei es gewesen, auf das islamische Gemeindeleben neugierig zu machen, „Hemmschwellen abzubauen, einen Anlass für Diskurs zu geben und Reibung zu erzeugen“, so Lederer. Laut Studie gehören 35 Prozent der Berliner Moscheen und Gebetsräume keinem Dachverband an. 17 Moscheen und Gebetsräume sind Mitglied der Islamischen Föderation Berlin, 15 der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands und 14 der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (Ditib).

Manche Gemeinden kämen beim Umgang mit traumatisierten Geflüchteten an ihre Grenzen, sagte Spielhaus. Problematisch seien auch die steigenden Immobilienpreise. Laut Studie mussten in den vergangenen Jahren bis zu 16 Gebetsräume schließen, weil ihre Mietverträge nicht verlängert worden seien. Ferner fehle es an „religionssensiblen Angeboten der Altenpflege“.

(KNA – skrlq-89-00070)

Stand: 13. November 2026